



Everhard Holtmann, Anne Köhler

WIEDERVEREINIGUNG VOR DEM MAUERFALL

*Einstellungen der Bevölkerung der DDR
im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen*

Wiedervereinigung vor dem Mauerfall

Prof. Dr. Everhard Holtmann ist Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Universität Halle-Wittenberg. *Dr. Anne Köhler* war geschäftsführende Gesellschafterin der Infratest Kommunikationsforschung.

© Campus Verlag GmbH

Everhard Holtmann, Anne Köhler

Wiedervereinigung vor dem Mauerfall

Einstellungen der Bevölkerung der DDR
im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50476-6 Print

ISBN 978-3-593-43251-9 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Ein DDR-Zollbeamter kontrolliert am Grenzkontrollpunkt Juchhöh Ausweise von Insassen einer Mercedes-Benz-Limousine aus Nürnberg (1960) © Bundesarchiv, Bild 183-75954-0001 / Fotograf: Ulrich Kohls

Satz: Marion Gräf-Jordan, Heusenstamm

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

I. Einleitung

1. Die vertrauliche Vermessung der Wirklichkeit der DDR vor 1990 13

II. Methodik

1. Methodik der Stellvertreterforschung 27
 - 1.1 Ausgangsbedingungen und Zielsetzung der Stellvertreterumfragen 27
 - 1.2 Modell und Methode der Stellvertreterumfragen 28
2. Eine rückblickende Nachbemerkung von Anne Köhler 32

III. Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation (1968–1990) – Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger der DDR

1. Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in der DDR 1968/1969 37
 - 1.1 Statistische Daten der DDR-Gesprächspartner 37
 - 1.2 Das Verhältnis zum Regierungssystem der DDR – Die politische Einstellung 39
 - 1.3 Die DDR: ein souveräner Staat? 46
 - 1.4 Politischer Druck im Alltag 48
 - 1.5 Die Jugend als politisches Erziehungsobjekt 50
 - 1.6 Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der DDR 54

1.7	Die Beurteilung der Lage des Arbeiters in Ost und West	58
1.8	Die materielle Versorgung – Die Güterausstattung	61
1.9	Einstellung zu bestimmten »Errungenschaften«	64
1.10	Das Verhältnis DDR – Bundesrepublik – Die Frage der Wiedervereinigung	66
1.11	Das Image der Westdeutschen	70
1.12	Schlussbemerkungen	72
2.	Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung in der DDR – Trendbericht (1969–1973)	75
2.1	Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse	77
2.2	Die Lebensbedingungen in der DDR	78
2.3	Die wirtschaftliche Situation des Bürgers	80
2.4	Zitierte Äußerungen von DDR-Bewohnern zur wirtschaftlichen Situation in der DDR	84
2.5	Zitierte Äußerungen zur wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik	85
2.6	Die Arbeitsbedingungen	86
2.7	Die rechtliche und freiheitliche Situation	88
2.8	Gesundheit und umweltbedingtes Wohlergehen der Bürger	92
2.9	Das soziale und politische Leben	93
2.10	Zusammenfassende Bewertung der Lebensbedingungen	95
2.11	Der politische Standort der Bürger	96
2.12	Informiertheit über die Bundesrepublik	100
2.13	Die Sicht der DDR-Besucher	101
3.	Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in der DDR 1976 – Trendverläufe und Schwerpunktthemen	105
3.1	Trendverläufe	105
3.2	Schwerpunktthemen	117
4.	Vergleichende Darstellung der Einstellungen von DDR-Bewohnern, westdeutschen Besuchern der DDR und der Bundesbevölkerung im Jahr 1983	123
4.1	Zusammenfassung der Ergebnisse des Einstellungsvergleichs	123
4.2	Beurteilung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung ...	125

4.3	Milliardenkredit an die DDR	127
4.4	Absage der Honecker-Reise in die Bundesrepublik	129
4.5	Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik	131
4.6	Bewertung der Aktivitäten beider Regierungen zur Erhaltung des Friedens in Europa	132
4.7	Umweltschutz	134
5.	Die millionenfach durchlässige Mauer: Reisen in den Westen	139
5.1	Erfahrungen von Besuchern aus der DDR im Westen – Zusammenfassung der Eindrücke	139
5.2	Zahlenmäßiger Anstieg der Westreisen	141
5.3	Struktur der Westreisenden	141
5.4	Häufigkeit der Westreisen	142
5.5	Besuchter Personenkreis in der Bundesrepublik	143
5.6	Behördliche Überprüfung der Besuchsanträge	144
5.7	Erwähnung der Westreise vor Besuchsantritt	145
5.8	Westbesucher nach Berufen	146
5.9	Planung und Einschätzung künftiger Reisemöglichkeiten	146
5.10	Reiseeindrücke und deren Auswirkungen	148
5.11	Positive Reiseerfahrungen	149
5.12	Negative Reiseerfahrungen	150
5.13	Gesamteindruck vom Westen	152
5.14	Veränderungen des Bildes vom Westen aufgrund der Reisen	152
5.15	Veränderungen des DDR-Bildes aufgrund von Westreisen	153
6.	Ausreise in den Westen	157
6.1	Zahl der Übersiedlungsanträge	157
6.2	Haltung der DDR-Bevölkerung zu den Übersiedlern	159
6.3	Seitens der DDR-Bevölkerung vermutete Motive der Übersiedlung	160
7.	Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation im Jahr 1985 – Einstellungen und Verhaltensweisen von DDR-Bewohnern und westdeutschen Besuchern der DDR	163

7.1	Zusammenfassung wichtiger Befragungsergebnisse.....	163
7.2	Die politische Stimmungslage in der DDR aus der Sicht der bundesdeutschen DDR-Besucher	165
7.3	Die politische Stimmungslage in der DDR aus der Sicht der DDR-Bevölkerung	166
7.4	Die wirtschaftliche Stimmungslage aus Sicht der DDR- Bevölkerung	169
7.5	Vergleich der Bundesrepublik und der DDR im Hinblick auf verschiedene Lebensbereiche.....	174
7.6	Informiertheit der DDR-Bürger über die Bundesrepublik ...	177
7.7	Interesse in der DDR an der Bundesrepublik	177
7.8	Die Bundesrepublik: für DDR-Bürger Ausland?	179
7.9	Bewertung der Deutschlandpolitik	181
7.10	Lebensziele der DDR-Bürger – Öffentlichkeit und Privatheit	182
7.11	Freizeit, Konsum und Berufswünsche	183
7.12	Kirche und Religion	184
8.	Einstellungen und Verhaltensweisen von DDR-Besuchern und DDR-Bewohnern im Jahr 1986	187
8.1	Zusammenfassung	188
8.2	Liberalisierung in der DDR?	190
8.3	Die politische Stimmungslage zu Beginn der Ära Honecker	190
8.4	Die Verwirklichung ausgewählter Grundrechte in der DDR	192
8.5	Meinungs- und Informationsfreiheit	194
8.6	Freie Wahl der Ausbildung und des Arbeitsplatzes	197
8.7	Glaubensfreiheit	198
8.8	Politischer Alltag in der DDR	200
8.9	Entwicklung der allgemeinen politischen Stimmungslage in der DDR-Bevölkerung	202
8.10	Stellenwert und Beurteilung der Erleichterung von Westreisen	203
8.11	Kontaktverbot	205
8.12	Aussichten auf Liberalisierungstendenzen?	208
8.13	Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR aus der Sicht der westdeutschen Besucher	210

8.14	Die wirtschaftliche Lage aus der Sicht der DDR-Bevölkerung	212
8.15	Vergleich der Bundesrepublik und der DDR im Hinblick auf verschiedene Lebensbereiche	215
9.	Einstellungen und Verhaltensweisen von Besuchern und Bewohnern der DDR im Jahr 1987	219
9.1	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	219
9.2	Der Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik	223
10.	Einstellungen und Verhaltensweisen von westdeutschen Besuchern und von Bewohnern der DDR im Jahr 1988	229
10.1	Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse	230
10.2	Die politische Stimmung und die wirtschaftliche Lage	230
10.3	Die politische Stimmungslage in der DDR	231
10.4	Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR	238
10.5	Die wirtschaftliche Stimmungslage in der DDR – Die Wirtschaftslage aus der Sicht der bundesdeutschen DDR-Besucher	238
10.6	Wirtschaftliche Lage aus der Sicht der DDR-Bewohner	242
11.	Einstellungen und Meinungen der DDR-Bürger im Jahr des Umbruchs 1989	247
12.	Die Meinung der DDR-Bürger im deutschen Vereinigungsprozess von Mai bis August 1990	255
12.1	Die Stimmung in der DDR-Bevölkerung vor und nach der Einführung der D-Mark	257
12.2	Die Stimmung vor dem 1. Juli	258
12.3	Die Stimmung nach dem 1. Juli	260
12.4	Der Übersiedlungswunsch nach dem 1. Juli	261
12.5	Einstellungen vor dem 1. Juli in der DDR und in der Bundesrepublik zur Vereinigung	263
12.6	Einstellungen zur Vereinigung nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	264
12.7	Das Meinungsbild der DDR-Bevölkerung zur Hauptstadtfrage	265

12.8	Vorrangige politische Aufgabenbereiche in der DDR – Die politischen Prioritäten aus der Sicht der DDR-Bürger	266
12.9	Die Privatisierung von Haus- und Grundbesitz	268
12.10	Die Einstellungen zur großen Koalition	268
12.11	Bewertung der Bundesregierung und von Bundespolitikern – Zufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung	270
12.12	Einschätzung der deutschlandpolitischen Kompetenz von Helmut Kohl und Oskar Lafontaine	271
12.13	Gesamtdeutsche Kanzlerpräferenz	274
12.14	Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektive	275
12.15	Einstellungen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion	277
12.16	Einstellungen zur offiziellen Einführung der D-Mark	278
12.17	Einschätzung der eigenen materiellen Lage	279
12.18	Arbeitsmarkt und berufliche Perspektiven	282
12.19	Zusammenfassung	287

IV. Anhang

Der Fragebogen im Original	293
Quellen und Literatur	321
Quellen	321
Literatur	322
Die Autoren	325

I.
Einleitung

1. Die vertrauliche Vermessung der Wirklichkeit der DDR vor 1990

Wer sich über den Stand des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins im Osten Deutschlands während der Zeit vor 1990 genauer informieren will, sah sich lange durch das Hindernis einer Wissenskluft blockiert, die unüberwindbar schien: Exakte Daten, wie sie für die Bundesrepublik mit repräsentativen Bevölkerungsumfragen seit Jahrzehnten in reicher Fülle ermittelt werden, liegen für die Zeit, in der die DDR existierte, in einer nach einbezogenen Themen und gesellschaftlichen Teilgruppen vergleichbaren Vielfalt sowie in einer nach dem Grad ihrer allgemeinen Zugänglichkeit vergleichbaren Transparenz nicht vor. Solche Daten sind nicht etwa, wie zahlreiche Aktenbestände der Staatssicherheit, in der Endzeit der DDR gezielt vernichtet worden. Sie wurden vielmehr im Land selbst zu keiner Zeit erhoben.

Eine rare Ausnahme stellt jener Sonderbestand an Studien dar, welche die SED-Führung zu einzelnen Sozialgruppen wie jungen Werktätigen und Studierenden am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung in Auftrag gegeben und unter Verschluss gehalten hatte.¹ Dass die inzwischen erfolgte Sicherung und Aufbereitung dieser Datensätze Möglichkeiten eröffnet, zumindest in einem schmalen Segment ostdeutscher Einstellungsforschung beispielsweise Kohortenvergleiche vorzunehmen, die bis in die Gegenwart reichen², macht das Fehlen von Zeitreihen repräsentativer Bevölkerungsumfragen für die Zeit der DDR nur umso deutlicher bewusst.

Dass dieser weiße Fleck auf der Landkarte der politischen Psychologie Ostdeutschlands für die Zeit der DDR existiert, ist kein historischer Zufall. Denn Bevölkerungsumfragen, in denen Meinungsbilder, Stimmungslagen und der Stand der Einstellungen von unabhängigen Forschern erhoben, auf repräsentativer Basis abgebildet und öffentlich gemacht werden, sind für

1 Vgl. hierzu das am Deutschen Jugendinstitut (DJI) von 1994 bis 1998 angesiedelte Datensicherungsprojekt zu »Rollenverständnis und Handlungsstrategien junger Menschen in der DDR« (<http://www.dji.de>).

2 Ebenda.

Diktaturen generell eine Herausforderung, weil sie für diese ein Sicherheitsrisiko darstellen. Auch die DDR-Oberen wussten sehr wohl: Der Absicherung ihrer Macht konnten veröffentlichte Befragungen der eigenen Bevölkerung so gefährlich werden wie politische Brandbeschleuniger.

Dass die Partei- und Staatsführung der DDR, so wie die Machthaber in jeder anderen Diktatur, einer Demoskopie, deren Anwendung sie nicht kontrollieren und deren Befunde sie nicht nach Gutdünken manipulieren können, tief misstraute und deren Messinstrumente aus ihrem Herrschaftsreich weitestgehend verbannte, hatte, genau besehen, zwei Gründe. Ein Motiv war Furcht: Wäre das in der ostdeutschen Bevölkerung tatsächlich vorhandene Ausmaß an rein äußerlicher Anpassung, an Unzufriedenheit und Entfremdung, an Verweigerung und Resistenz, also jener Verhaltensmuster, die für den Alltag in Diktaturen, auch solcher, die relativ fest im Sattel sitzen, kennzeichnend sind, exakt gemessen worden, dann hätte sich die herrschaftssichernde Propagandaphrase der »unverbrüchlichen Einheit« von Volk und Führung, von Partei und Staat als Trugbild enthüllt. Umfragedaten, die diese Botschaft transportieren, hätten dann als ein hartes Indiz für dürftige Legitimation und systemisches Politikversagen im Raum gestanden.

Ein anderes Motiv war Verdrängung: Es lebte sich für die diktatorisch waltende politische Führungskaste der DDR in dem schönen Schein geschöner Wirklichkeiten schlicht leichter als mit dem unbequemen empirischen Nachweis, dass große Teile der Gesellschaft zur herrschenden Ideologie und zu deren Verkündern längst innerlich auf Abstand gegangen waren. Für diese wirklichkeitsblinde Verdrängung steht »Wandlitz«, die zur Metapher der Selbstisolation des inneren Führungszirkels der DDR gewordene damalige Waldkolonie der Staats- und Parteispitze nahe Berlin.

Die hartnäckige Abneigung der DDR-Führung gegenüber Bevölkerungsumfragen wurzelte folglich in der verallgemeinerbaren Machtbehauptungslogik von Diktaturen: Information, die Überraschungen bergen, die unbequeme Wahrheiten zutage fördern und sich obendrein verselbständigen kann, stellt ein hohes politisches Risiko dar. Am besten also, solches schwer kontrollierbares Wissen entsteht erst gar nicht und kommt folglich auch nicht in Umlauf.

Wie bei vielen anderen gegenläufigen Strukturentscheidungen im alsbald geteilten Nachkriegsdeutschland, wurden die Weichen für die Einführung moderner Umfragemethoden in Westdeutschland und ebenso für deren Verbannung in Ostdeutschland bereits unmittelbar nach Kriegsende gestellt.

Dass beide Teile Deutschlands schon in der Übergangsphase, als eine eigene nationale Staatlichkeit hier wie dort noch nicht existierte, hinsichtlich des Einsatzes des Instruments der Demoskopie nach 1945 getrennte Wege eingeschlagen haben, verdeutlicht rückblickend den Unterschied zwischen den Alternativen einer liberaldemokratischen und einer realsozialistischen Systemidee und Gesellschaftsvorstellung auf besondere Weise. Dabei waren das Bedürfnis und das Suchen nach Selbstvergewisserung zunächst allgegenwärtig. Nachdem der NS-Staat im Mai 1945 zusammengebrochen war, herrschte im damaligen geistigen »Niemandland« zwischen Diktatur und demokratischem Aufbruch allgemein Ungewissheit darüber, wie die Deutschen, ob in Ost oder West, politisch dachten. In der Emigration weilend, hatte Heinrich Mann zwei Jahre zuvor, im Mai 1943, diese Unklarheit in die bange Frage gekleidet:

»Wenn die Nazi-Häuptlinge in ihren U-Booten nach Japan abgereist sind, was lassen sie zurück? In welchem Zustand sind die Menschen, die sie zum Schluss nicht umgebracht haben?«

Zwar sezierten literarische Reportagen, die als ein Teil der ungemein vielfältigen Nachkriegsliteratur seinerzeit rasche Verbreitung fanden, die Grundzüge im öffentlichen und privaten Denken der Zeitgenossen mit scharfer Beobachtungsgabe heraus, so beispielsweise »die deutsche Nachkriegsmentalität der Selbstbezogenheit und des Selbstmitleids, auch der latenten Aggression gegen die Siegermächte, die an die Stelle der Einsicht in die eigene Schuld tritt.«³ Solche literarischen Streifzüge durch die Schluchten der Befindlichkeiten im verstörten Nachkriegsdeutschland bezogen ostdeutsche Lebenswelten noch wie selbstverständlich mit ein. Aus Sicht der Autoren dieser damaligen Zeitbilder war die spätere innerdeutsche Grenze noch nicht als eine ost-westliche Trennlinie der Einstellungen scharf markiert.⁴

Doch fiel im Schatten des heraufziehenden Ost-West-Konflikts sehr bald die Grundentscheidung im Westen für und im Osten wider die Umfrageforschung, mit der Folge, dass der Wissensstand über das Denken und Fühlen der Menschen im östlichen Teil des geteilten Deutschlands für die Zeit der rund 40 Jahre währenden Existenz der DDR einer empirisch-statis-

3 Klaus R. Scherpe, »Einleitung« zu Ders. (Hg.), In Deutschland unterwegs. Reportagen, Skizzen, Berichte 1945–1948, Stuttgart 1982, S. 19.

4 Paradigmatisch kam das zum Ausdruck im Titel der von Alfred Kantorowicz herausgegebenen Zeitschrift »Ost und West. Beiträge zu kulturellen und politischen Fragen der Zeit 1947–1949« (Nachdruck Königstein/Ts. 1979).

tischen Basis weithin entbehrt. Während in Westdeutschland die Meinungsforschung schon wenige Monate nach dem Ende des Krieges Einzug hielt, weil sie von der Besatzungsmacht als ein flankierendes Element der demokratischen Erneuerung betrachtet und – unter Beachtung handwerklich sauberer Standards – dafür eingesetzt wurde, machten, soweit wir wissen, die sowjetische Militärregierung von diesem Instrument gar nicht und die Machthaber des SED-Regimes erst spät und nur sehr dosiert und intern Gebrauch. Erst nachdem im Spätherbst 1989, als die DDR bereits in die Phase der Agonie eingetreten war, die westdeutsche Einstellungsforschung ihren Radius nach Ostdeutschland hinein erweiterte, konnte diese spezielle deutsch-deutsche Informationslücke – allerdings nicht rückwirkend – wieder geschlossen werden.

Die Voraussetzungen dafür, langfristige datengestützte Trendverläufe im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein nachzuverfolgen, sodann diese Trends in historische Traditionslinien einzuordnen und so die vielbeschriebenen »Pfadabhängigkeiten« auch für eine gesamtdeutsche politische Kultur zu markieren, stellen sich mithin für beide Teile Deutschlands sehr unterschiedlich dar. Dass die US-amerikanische Militärregierung sich zu Zwecken der Besatzungspolitik moderner sozialwissenschaftlicher Erhebungsmethoden bediente, um die politische und gesellschaftliche Stimmungslage der Einwohner ihrer Zone systematisch und kontinuierlich zu erhellen, legte den Grundstein für eine unabhängige Meinungsforschung in Westdeutschland. Das dort gespeicherte Datenmaterial stellte einen Fundus bereit für die empirische Fortschreibung und ebenso für eine sozialwissenschaftlich angeleitete »Altertumskunde« der politischen Kultur der Bundesrepublik, wie sie seit etwa Ende der 1950er Jahre entstanden ist.⁵ Umgekehrt war eine vergleichbare »Archäologie« der politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, wie sie im Osten Deutschlands zwischen 1945 und 1989 existierten, in der DDR von vornherein ausgeschlossen; nicht nur wegen ideologisch begründeter Sperren, sondern auch aufgrund von fehlenden verwertbaren Umfragedaten.

⁵ Am Beginn steht die berühmte Pilotstudie von Gabriel Almond und Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton/New York 1963. Vgl. ferner Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung* (PVS-Sonderheft 18/1987); Dirk Berg-Schlosser/Ralf Rytlewski (eds.), *Political Culture in Germany*, Basingstoke and London 1993; Oscar W. Gabriel: *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1986.

In Westdeutschland gingen die ersten acht jener Umfragen, die der vertraulichen Information der US-Militärregierung dienten, die sogenannten OMGUS-Surveys, noch zwischen Oktober und Dezember 1945 ins Feld.⁶ Im gleichen Jahr, aber nicht im gleichen Maße militärischer Geheimhaltung unterliegend, startete das neugegründete Institut für Demoskopie (IfD) in Allensbach seine seither ununterbrochene Umfragetätigkeit. Sowohl die OMGUS-Surveys als auch die fortlaufende Serie der Allensbacher Jahrbücher für Demoskopie sind seit langem in allgemein zugänglicher Form veröffentlicht.⁷ Beide Umfragebestände weisen in die Gründerzeiten der professionellen westdeutschen Umfrageforschung zurück, die sich hernach an Universitäten wie auch im Sektor kommerziell ausgerichteter Institute erheblich ausfächerte und ihre Fragestellungen und Methoden fortwährend weiterentwickelte. Ein großer Teil des bundesweit zusammengetragenen Datenbestands ist im Kölner Zentralarchiv (ZA) archiviert und für wissenschaftliche Nutzer zugänglich.

In der Bundesrepublik galt ein zentrales Erkenntnisinteresse der Umfrageforschung von Anfang an der Demokratieforschung in ihren vielen Facetten. Zwangsläufig rückte dadurch die Frage nach der empirisch vermessenen Legitimationsbasis politischer Herrschaft dauerhaft in den Blick. In Umfragedaten erhielt solche kritische Überprüfung des Regierens in der Bundesrepublik eine objektive Grundlage. Für die in Ostdeutschland nach 1945 mit sowjetischer Schützenhilfe angebahnte und in der DDR schließlich etablierte Diktatur hingegen wäre eine vergleichbar unabhängige Umfrageforschung systemwidrig gewesen. Die Produktion gesellschaftlichen Wissens war stattdessen autoritär-staatlich organisiert und folgte den Prinzipien staatlicher Anleitung, ideologischer Festigung, öffentlich bekundeter Folgebereitschaft und kollektiver Einschwörung auf das Führungsmonopol der Staatspartei.

Speziell auf die Informationsbedürfnisse der Diktatur zugeschnitten, operierte in Ostdeutschland außerdem im Schatten der Macht das monströse Datenspeicherwerk der verdeckt, das heißt durch Ausspähung gewonnenen »Erkenntnisse« der Geheimdienste. Zu Besatzungszeiten hatte die

6 Dokumentiert in: *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949*, ed. by Anna J. Merritt and Richard L. Merritt, Urbana/Chicago/London, 1970, S. 5.

7 Ebenda, sowie der Anschlussband von Anna J. Merritt and Richard L. Merritt, *Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949–1955*, Urbana/Chicago/London, 1980; ferner Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1945–1955, Hg. von Elisabeth Noelle und Erich P. Neumann, 3. Auflage Allensbach 1975.

Sowjetische Militäradministration ihr eigenes Netz von Konfidenten geknüpft.⁸ Dass das SED-Regime nach Gründung der DDR seinen eigenen Staatssicherheitsapparat aufbaute, ist hinlänglich bekannt. Das gigantische Nachrichtenaufkommen, das von der Stasi hinter dem Rücken der Bevölkerung rund um die Uhr beschafft wurde, hat die fehlenden Informationen aus Bevölkerungsumfragen, die den empirischen Volkswillen im repräsentativen Querschnitt abbilden, denen sich die Staats- und Parteiführung jedoch aus systembedingter Scheu verweigerte, nicht wirklich kompensiert, weil es vorrangig der politischen Feindaufklärung diente. Repräsentative Umfragen, die wissenschaftlichen Kriterien genügen, basieren ja auf anonymisierten Daten. Konspirative Ermittlung und Lenkung von Information, mit welcher die Stasi beauftragt war, nimmt demgegenüber *angebbare Personen* als erklärte Zielobjekte der Verfolgung ins Visier.

Nach der deutschen Einigung setzte die wissenschaftliche und publizistische Auseinandersetzung mit dem »Erbe« der DDR auf breiter Front ein. Aus publizierten Selbstbeobachtungen von Zeitzeugen, welche die gesamte Bandbreite von Nähe und Distanz zum Leben in der DDR wiedergeben, und aus der wissenschaftlich kritischen Aufarbeitung der Anatomie des SED-Staates schälten sich inzwischen die Konturen »einer noch nicht fest geformten Erinnerungslandschaft«⁹ heraus. Das Bild von der DDR, schreibt der Historiker Martin Sabrow, das aus der Flut gespeicherter persönlicher Erfahrungen hervortrete, sei nicht geschlossen, sondern »denkbar zerklüftet«. Einem Kaleidoskop gleich, präsentiere es den ostdeutschen Staat und seine Gesellschaft immer wieder neu.¹⁰

Um solche persönlichen Zeitzeugnisse, fein gezeichneten Milieuschildern und zeitgeschichtlichen Annäherungen an die Alltagserfahrungen und an das Alltagsbewusstsein der Menschen in der DDR auf Verallgemeinerbarkeit überprüfen zu können, bedürfte es entsprechender datenbasierter Quellen, wie sie Bevölkerungsumfragen bereitstellen. Eingedenk der in der DDR für die Zeit von 1945 bis 1989 existierenden Datenlücke, hatte sich die deutsche Sozialwissenschaft eigentlich schon damit abgefunden, dass ein solcher empirischer Abgleich qualitativer DDR-Forschung mit statistischen Individualdaten auf der Einstellungsebene definitiv nicht mehr möglich sei.

8 Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998, S. 19.

9 Martin Sabrow, Vorwort zu Ders. (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 26.

10 Ebenda, S. 14.

Man sei, schrieben die Politikwissenschaftler Katja Neller und Oscar W. Gabriel noch im Jahr 2010, auf Spekulationen darüber angewiesen, wie sich das Verhältnis der DDR-Bürger zur Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt hatte:

»Ob die Masse der DDR-Bürger das Regime aktiv unterstützte, passiv hinnahm, ihm indifferent oder ablehnend gegenüber stand, lässt sich nicht eindeutig belegen.«¹¹

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Fluchtbewegung aus der DDR war sich die westdeutsche Kommunismusforschung in den 1950er Jahren sicher:

»Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die übergroße Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung das Ulbrichtsche Herrschaftssystem scharf ablehnt.«¹²

So kategorisch das Urteil ausfiel, so fragmentarisch blieben quantifizierende empirische Belege, wie »die da drüben« tatsächlich dachten. Die westdeutsche Politik ersann jedoch Umwege, um sich annähernd ein Bild zu verschaffen. So wurde in den 1950er Jahren vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eine »Testbefragung« unter in den Westen geflüchteten Arbeitern in Auftrag gegeben, um deren ideologische Indoktrination und Einstellung zum Eigentum herauszufinden. »Das wesentliche Resultat war, dass es dem Stalinismus nicht gelungen ist, sich eine Basis in der Arbeiterklasse zu schaffen.«¹³ Gleichzeitig ergab sich dabei, dass 35 Prozent der Befragten »ganz oder überwiegend marxistisch eingestellt« seien und weitere 26 Prozent eine »teilweise, aber nicht überwiegend marxistische Haltung« hegten. 35 Prozent seien »von marxistischer Ideologie frei.«¹⁴

Seitdem vor gut einem Jahr, im Frühsommer 2014, unvermutet doch noch ein erhalten gebliebener umfänglicher Datenbestand, der ungleich umfangreicher indirekt Aufschluss gibt über politische und gesellschaftliche Einstellungen der Bevölkerung der DDR, im Berliner Archiv des Umfrageinstituts Infratest Dimap seinem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf entrisen worden ist, hat sich die politikwissenschaftliche »Beweislage« erheblich verbessert. Erhalten geblieben ist nämlich die vollständige Serie von

11 Oscar W. Gabriel/Katja Neller: Bürger und Politik in Deutschland, in: Dies./Fritz Plasser (Hg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden 2010, S. 73.

12 Hermann Weber/Lothar Pertinax, Schein und Wirklichkeit in der DDR. 65 Fragen an die SED, Stuttgart 1958, S. 8.

13 Ebenda.

14 Ebenda, S. 9 (Umfrage ohne genaue Datierung).

Berichtsbänden der sogenannten »Stellvertreterumfragen«, welche das Institut Infratest Kommunikationsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (ehemals Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) seit dem Ende der 1960er Jahre bis 1989 jährlich durchgeführt hat.

Indirekt, nämlich auf dem Umweg über die Aussagen von rückkehrenden westdeutschen Besuchern der DDR, sind in diesen Befragungen die Stimmungslagen der DDR-Bevölkerung, ihre Einschätzungen ihres staatlichen, beruflichen und privaten Umfelds sowie ihre Meinungen zu den verschiedensten politischen und persönlichen Themen ausgelotet worden. Die erfasste Zeitspanne reicht von 1968 bis 1989. Dies macht es – damals im Geheimen und heute öffentlich – möglich, längerfristige Entwicklungslinien im Einstellungshorizont der Bürgerinnen und Bürger der DDR abzubilden.

Sowohl in der methodischen Anlage (siehe dazu ausführlicher das anschließende Methodenkapitel) als auch aufgrund seiner Alleinstellung im ansonsten weithin leeren Datenfeld der DDR ist der Bestand der Stellvertreterumfragen ein sozialwissenschaftliches Unikat. Er stellt »weltweit die einzige Datensammlung dar, die in Kontinuität empirisch gewonnene verallgemeinerungsfähige Ergebnisse zu Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der DDR-Bevölkerung ausweist.¹⁵ Über die gesamte Zeit der Berichtsjahre des geteilten Deutschlands hinweg wurden die Umfragen seitens ihrer staatlichen Auftraggeber als geheim beziehungsweise als vertrauliche Verschlussache behandelt.

Erstaunlicherweise hat der Datenbestand, auch nachdem im Jahr der deutschen Einigung 1990 der Schleier der Geheimhaltung fiel, in Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit nur punktuelle Aufmerksamkeit gefunden.¹⁶ Das änderte sich schlagartig, als im Frühsommer 2014 ein Forscherteam im Zuge der vorbereitenden Gespräche für eine gesamtdeutsche

15 Anne Köhler, Nationalbewusstsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage, in: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Band V/2, Baden-Baden 1995, S. 1636–1675.

16 Die langjährige Leiterin des Projekts, Dr. Anne Köhler, legte 1992 erstmals einen Ausschnitt aus den Befunden der Umfragen vor: Marschierte der DDR-Bürger im Geiste mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: Uta Gerhardt/Ekkehard Mochmann (Hg.), Gesellschaftlicher Umbruch 1945–1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München 1992, S. 59–79. Vgl. jetzt Jens Giesecke, Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost, in: Zeithistorische Forschungen, 1/2015, offenes Heft, S. 1–32.

Bevölkerungsumfrage bei Infratest Dimap auf den dort archivierten Datenbestand aufmerksam gemacht wurde.

Die Wiederentdeckung der Stellvertreterumfragen erwies sich insofern als ein forschungsbedeutsamer Glücksfall, als sich damit die Möglichkeit erschloss, die Zeitreihe von Umfragedaten, die für Ostdeutschland seit 1990 bis zur Gegenwart in einem breiten Umfang existieren, an die vorausgegangene Periode der DDR inhaltlich anzukoppeln. Und mehr noch: Weil die Stellvertreterumfragen die empirische Wissenslücke über die politische Kultur in der DDR dank einer breiten Palette von Einstellungsdaten auffüllen, können diese Daten zudem in langfristige Traditionslinien deutscher politischer Kultur eingeordnet werden. Somit wurde es möglich, im Rahmen des vom Bund geförderten Projekts »Deutschland 2014 – 25 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit« nicht nur eine Meta-Analyse von Umfragedaten für die Zeit von 1990 bis 2014 im Ost-West-Vergleich vorzunehmen, sondern auch den zeitgeschichtlichen Rückraum der gesamtdeutschen politischen Kultur, in dem neben der alten Bundesrepublik auch die DDR angesiedelt ist, zu erhellen.¹⁷

Da im Rahmen dieses Gesamtprojekts die Stellvertreterumfragen nur ausschnitthaft ausgewertet werden konnten, lag die Überlegung nahe, den Datenbestand in der analytisch schon aufbereiteten Form der damaligen Berichtsbände als eine gesonderte Publikation zu veröffentlichen und dabei die Ergebnisse breiter zu präsentieren. Nicht nur wegen des erwähnten inhaltlichen Alleinstellungsmerkmals, sondern auch aufgrund des besonderen methodischen Designs ist der Bestand der DDR-Stellvertreterumfragen eine zeithistorische Quelle besonderen Ranges. So wurde beispielsweise auf der Basis verwandter Einstellungsmerkmale eine Typenbildung erstellt, wie sie inzwischen in der empirischen Sozialforschung häufig vorgenommen wird. Auf diese Weise konnten in der DDR-Gesellschaft die fünf Typen der politisch stark und schwach interessierten Systemidentifizierer, der Systemkriti-

17 Hierzu ausführlich: Everhard Holtmann/Oscar W. Gabriel/Jürgen Maier/Michaela Maier/Tobias Jaeck/Melanie Leidecker, Sind wir ein Volk? Deutschland 2014 – 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Ergebnisse eines Forschungsprojekts, Abschlussbericht Februar 2015, hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)/Die Beauftragte für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer (Bezugsquelle: www.beauftragte-neue-laender.de). Vgl. ferner Everhard Holtmann, Licht im Tunnel – die Vorwegnahme der Einigung und ihr schließliches Erleben in Ostdeutschland im Spiegel von Bevölkerungsumfragen, in: Gesellschaft.Wirtschaft.Politik, 64, 2015, Heft 1, S. 39–48.

ker, der dem DDR-System gegenüber teilweise kritisch eingestellten Konformisten sowie der politikfern Angepassten unterschieden werden (hierzu ausführlicher das anschließende Methodenkapitel).

Da direkte Befragungen der DDR-Bürger naturgemäß ausschieden, entwickelte Infratest seinerzeit ein Forschungsinstrumentarium, das die teilnehmende Beobachtung und indirekte Befragung von westdeutschen Besuchern der DDR verknüpfte. Hierbei machten die befragten Westdeutschen Angaben zu einem bestimmten Gesprächspartner in der DDR (»Person X«), die standardisiert und anonymisiert wurden. Auf diesem Weg wurden indirekt Aussagen gewonnen, welche die Einstellungen, Meinungen und Verhaltensdispositionen eines Bewohners der DDR wiedergaben, mit dem sich der Besucher während seines DDR-Aufenthalts privat ausgetauscht hatte. »Der befragte westdeutsche Besucher diente also in dieser Ebene als »Sprachrohr« eines Dritten: des DDR-Gesprächspartners.«¹⁸ Insgesamt sind nach dieser methodischen Vorgehensweise zwischen 1968 und 1989 etwa 27000 Interviews geführt worden.

Den Forschern von Infratest waren die mit dieser Methode einhergehenden Gefahren der inhaltlichen Verzerrung durch stellvertretend gemachte Aussagen sehr wohl bewusst. Daher kamen damals verschiedene Instrumente einer qualitativen und textbezogenen Qualitätskontrolle zur Anwendung (ausführlicher erläutert im nächsten Kapitel). Bei der Auswertung der Daten ließen die Forscher insofern Vorsicht walten, als sie nicht auf prozentpunktscharfer Messung beharrten, sondern darauf hinwiesen, dass die berichteten Befunde »lediglich im Sinne von globalen Trends zu interpretieren« seien, »das heißt keine harten quantitativen Verteilungen aufweisen.«¹⁹ Dies gilt es bei der Deutung der nachstehend abgedruckten originalen Prozentwerte zu beachten.

Zu einer vorsichtigen Deutung rieten die Forscher seinerzeit auch deshalb, weil die von ihnen erhobenen Einstellungen etwa zur politische Unterstützung, die das DDR-Systems in seiner Bevölkerung fand, ferner zur Einschätzung der Stabilität des Regimes und der individuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie der Zukunftssichten in Ostdeutschland durchgehend ein negativeres Bild der Lage in der DDR zeichneten als dasjenige, das in Westdeutschland vorherrschte beziehungsweise mehrheitlich verbreitet war.²⁰

18 Köhler 1994, S. 13 (wie FN 10).

19 Ebenda, S. 16f.

20 Ebenda, S. 9.

Nach der deutschen Einigung erwies sich indes im Rückblick, dass die Daten der Stellvertreterumfragen die damals in der DDR gegebenen Bedingungen ziemlich wirklichkeitsnah abbildeten. Aus der zurückschauenden Sicht der Projektleitung betrachtet, gibt es für diese Treffsicherheit eine doppelte Erklärung. Zum einen seien westdeutsche Repräsentanten, die in Politik, Wirtschaft und Medien führende Positionen innehatten, bei offiziellen Besuchen und Gesprächen bevorzugt mit gefilterten Informationen und den Sprachregelungen des DDR-Systems versorgt worden. Bei Gesprächen im privaten kleinen Kreis hingegen habe sich der DDR-Bürger offener geäußert.

»Am ehesten vertraute man hier noch den westdeutschen Besuchern, meist Verwandten, denen man fast als selbstverständlich eine westorientierte und damit ost-unabhängige Haltung unterstellte.«²¹

Die in dieses Buch aufgenommene Textauswahl aus den damaligen Berichtsbänden folgt weitgehend einem chronologischen Auswahlkriterium. Aus der Gesamtheit der überlieferten Berichte wurden die Bände für die Jahre 1968, 1976, 1983, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989 und 1990 sowie ein Trendbericht 1969 bis 1973 ausgewählt und um zwei inhaltliche Schwerpunktkapitel zu den Themen Westreisen und Ausreisen von DDR-Bürgern ergänzt. Soweit den Jahresberichten »Chroniken« vorangestellt sind, wurden diese in gekürzter Form übertragen. Aus den – im Original sehr viel umfangreicheren – Bänden haben die Herausgeber der vorliegenden Publikation jeweils eine Auswahl vorgenommen, mit dem Ziel, die Anlage und das Gesamtprofil der Jahresberichte weitest möglich zu wahren. Ebenso wurden Tabellen und Abbildungen in ihrer ursprünglichen Form übernommen, stellt diese Darstellungsform doch auch ein eigenes Zeitdokument von inzwischen historischer Aussagekraft dar. Unverändert transferierte Textpassagen sind durch An- und Abführung, Auslassungen im Fließtext durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Gelegentlich auftauchende Anmerkungen wurden fast ausnahmslos aus den Berichtsbänden übertragen.

Um die Einordnung der inhaltlichen Kapitel zu erleichtern, ist diesen ein gesondertes Kapitel vorangestellt, in dem die damaligen Zielsetzungen der DDR-Stellvertreterforschung sowie deren Modell und Befragungsmethode näher erläutert werden. Zu Dokumentationszwecken findet sich am Schluss des Buches ein Abdruck des vollständigen Fragebogens.

21 Ebenda.

Bei der archivalischen Recherche und der aufwendigen redaktionell-technischen Erstellung der Druckvorlage waren folgende Personen behilflich: Richard Hilmer, Annette Meißner und Elke Steppat von Infratest Dimap Berlin, Lenya Meißner (FU Berlin), Christian Hosang, Achim Sagner und Christine Stanislawski (sämtlich Zentrum für Sozialforschung Halle). Aller Hilfsbereitschaft und professionelle Kompetenz war eine wesentliche Voraussetzung für das Erscheinen dieses Buches. Jürgen Hotz hat die Aufnahme des Projekts in das Campus-Verlagsprogramm gefördert und als sachkundiger Lektor begleitet. Den Genannten gilt unser aufrichtiger Dank. Die Verantwortung für die Textauswahl und die diese inhaltlich einordnenden Passagen liegt ausschließlich bei uns selbst.

Halle (Saale)
und München im Juni 2015

Everhard Holtmann,
Anne Köhler

II. Methodik

1. Methodik der Stellvertreterforschung

1.1 Ausgangsbedingungen und Zielsetzung der Stellvertreterumfragen

Als Herbert Wehner, damals Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, im Jahr 1968 an das Münchner Markt- und Meinungsforschungsinstitut Infratest mit dem Wunsch herantrat, ein Erhebungsmodell zu entwickeln, das genauere Informationen zur Situation der Bevölkerung in der DDR liefere, hatte Infratest für das Ministerium schon etwa zwei Jahre lang Inhaltsanalysen aus Zeitungen der DDR erstellt. Auch das neue Forschungsprojekt sollte der besseren Kenntnis über Vorgänge im sozialistischen Teil Deutschlands dienen, da in der Vergangenheit die Bonner Regierung von Entwicklungen in der DDR wiederholt durchaus überrascht worden war.

Zielsetzung des Projekts war es demgemäß, neben den politischen und gesellschaftlichen Einstellungen und Meinungen der DDR-Bevölkerung auch spezielle Verhaltensmuster zu erfassen sowie Reaktionen der DDR-Bürger auf aktuelle politische Ereignisse in der innerdeutschen Politik zu überprüfen. Entsprechend lässt sich das über 22 Jahre, d.h. von 1968 bis 1989/1990 laufende Untersuchungsprojekt in drei Forschungsschwerpunkte gliedern:

- (1) das Aufzeigen von Trends in den Einstellungen und Meinungen der DDR-Bevölkerung über den gesamten Zeitraum hinweg,
- (2) das Erfassen von Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf aktuelle, die innerdeutsche Politik berührende Ereignisse,
- (3) das sporadische Ermitteln von Erkenntnissen zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Aspekten, die teils im Trendvergleich, teils in Form von Schwerpunktthemen aufbereitet wurden.

Die jährlich aktuellen Fragenkomplexe und variablen Thementeile (obige Punkte 2 und 3) wurden vorab stets ausführlich zwischen dem Forscherteam

von Infratest und den – im Laufe der Jahre wechselnden – für das Projekt zuständigen Beamten im Ministerium diskutiert und anschließend von Infratest auf ihre »Erfragbarkeit« überprüft. Ebenso eingehend wurden die Erkenntnisse der von Infratest erstellten Analysen erörtert, die während der Laufzeit der Forschung von Seiten des Instituts allerdings eher im Sinne von globalen Trends und weniger als harte quantitative Verteilungen interpretiert wurden.

Zu einer vorsichtigen Deutung riet Infratest seinerzeit auch deshalb, weil die erhobenen Daten – etwa die Einstellungen zur politischen Unterstützung, die das DDR-System in der Bevölkerung fand, zur Einschätzung der Stabilität des Regimes und der individuellen Lebens und Arbeitsbedingungen sowie der Zukunftsaussichten in Ostdeutschland – meist ein negativeres Bild der Lage in der DDR zeichneten als dasjenige, das in Westdeutschland vorherrschte beziehungsweise von dortigen Medien, Politikern und Wissenschaftlern¹ mehrheitlich verbreitet wurde. Ein Grund hierfür lag sicher in dem Umstand, dass westdeutsche Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft bei offiziellen Besuchen und Gesprächen vor allem mit Vertretern des Regimes zusammentrafen und dementsprechend bevorzugt mit gefilterten Informationen und Sprachregelungen des DDR-Systems versorgt wurden. Für die Medien gilt Ähnliches.

Nach der deutschen Einigung erwies sich indessen im Rückblick, dass die von Infratest erarbeiteten Forschungsergebnisse über die Jahrzehnte hinweg die Realitäten in der DDR ziemlich wirklichkeitsnah abgebildet hatten. Das Modell der kombinierten Stellvertreterforschung hatte sich deutlicher als erwartet bewährt.

1.2 Modell und Methode der Stellvertreterumfragen

Aus naheliegenden politischen wie auch technischen Gründen war westdeutschen Instituten die Durchführung von Direktinterviews in der DDR nicht möglich. Ebenso entfiel, wiederum aus politischen und zudem methodischen Gründen, die Befragung von ostdeutschen Besuchern Westdeutsch-

¹ Vgl. Klaus Schroeder/Jochen Stadt, Der diskrete Charme des Status quo: DDR – Forschung in der Ära der Entspannungspolitik, in: K. Schroeder (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994, S. 309ff.

lands. Zum einen wollte man diesen Personenkreis nicht eventuellen Pressionen nach ihrer Rückkehr in die DDR aussetzen. Andererseits handelte es sich bei diesen Besuchern um keine repräsentative Personengruppe, da vorwiegend Rentnern seitens der DDR eine Reisegenehmigung erteilt wurde.

Das von Infratest entwickelte und im Feld eingesetzte Modell der Stellvertreterforschung kombiniert deshalb eine Form der teilnehmenden Beobachtung mit einer indirekten Befragung: Die Zielgruppe waren westdeutsche Besucher der DDR, die sich innerhalb eines bestimmten Zeitraums (in den letzten zwei Monaten) und über eine bestimmte Dauer (mindestens drei Tage) in Ostdeutschland aufgehalten hatten.

Die Interviews erfolgten mündlich und umfassten zwei Ebenen: In Teil 1 der Befragung gab der Interviewte zunächst Auskunft über die eigenen, in der DDR gewonnenen Eindrücke sowie zu persönlichen Daten und politischen Einstellungen. In Teil 2 wurde der Befragte gebeten, Auskünfte über Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen eines Bewohners der DDR zu geben, mit dem er sich ausführlicher unterhalten hatte. Der im Anhang abgedruckte Fragebogen von 1988 dokumentiert beispielhaft den „roten Faden“ der Befragung.

Der befragte westdeutsche Besucher diente also als »Sprachrohr« eines DDR-Bewohners (Methode der indirekten Befragung), wobei der Befragte vom Interviewer ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, bei seinen Aussagen stets nur auf diese eine Person, die als Person X bezeichnet wurde, Bezug zu nehmen.² Die besondere Aufmerksamkeit von Infratest galt hier einer denkbaren Projektionsgefahr durch den westdeutschen Besucher, also der Möglichkeit, dass dieser eigene Meinungen als Einstellungen der ostdeutschen Person X wiedergab.

Aufgrund der Ermittlung verschiedener Strukturmerkmale der Person X konnte Infratest die gewonnene Stichprobe anhand der Daten des Statistischen Jahrbuchs der DDR nach Alter und Geschlecht faktoriell gewichten und damit Prozentwerte und Hochrechnungsdaten ausweisen. Pro Jahr wurden nach diesem Modell ca. 1.200 Interviews, im gesamten Erhebungszeitraum rund 27.000 Interviews durchgeführt.

Einschränkungen im Hinblick auf die Grundgesamtheit »DDR-Bevölkerung« waren (und sind heute im Rückblick) insofern zu machen, als es sich

² In den ersten beiden Befragungswellen 1968 und 1969 wurde noch nach zwei Gesprächspartnern (Person A und Person B) gefragt. In den Folgejahren wurde nur nach *einem* Gesprächspartner (Person X) gefragt, um eine Vermischung von Aussagen auszuschließen.

bei dem Personenkreis X grundsätzlich um Personen handelt, die Kontakt mit westdeutschen Besuchern hatten. Nach Erfahrungen westdeutscher Besucher – unter anderem auch der Infratest-Forscher selbst – hielten sich DDR-Bürger, die der Kontaktsperre unterlagen, aber nicht immer an die entsprechenden Vorgaben ihres Regimes (vgl. S 197ff.). Generell lässt sich sagen, dass sich die DDR-Bürger, was die freie Meinungsäußerung betraf, gegenüber ihren eigenen Landsleuten meist sehr zurückhielten und sich oft nur im engen persönlichen Familien- und Freundeskreis offen äußerten. In der Regel vertraute man jedoch den westdeutschen Besuchern, häufig Verwandte, denen man fast selbstverständlich eine westlich orientierte und damit DDR-unabhängige Haltung unterstellte. Hierin gründet wohl auch eine Erklärung für die im Nachhinein festgestellte hohe Verallgemeinerungsfähigkeit des gewonnenen Datenmaterials.

In diesem Zusammenhang ist auf ein spezielles Kontrollkriterium zu verweisen, das ebenfalls erst im Nachhinein die Infratest-Ergebnisse bestätigt, nämlich die SED-Mitgliedschaft. Diese Angabe fehlte im Statistischen Jahrbuch der DDR, wurde innerhalb des Forschungsprojekts aber stets erhoben. Erst nach dem Systemumbruch konnte Infratest ermitteln, dass im Jahre 1985 die Mitgliederzahl (ohne Kandidaten) bei 15,7 Prozent der DDR-Bevölkerung ab 14 Jahren lag.³ Dieser Anteil stimmte in etwa mit den Angaben der SED zur Parteimitgliedschaft anlässlich des IX. Parteitags 1978 überein. Die Infratest-Erhebungen weisen ihrerseits über die Jahre hinweg einen Anteil von zwischen 14 und 17 Prozent SED-Mitgliedern aus.

Das vorstehend beschriebene Untersuchungsinstrument wurde ergänzt durch weitere qualitative Studien. Speziell Gruppendiskussionen mit Besuchern der DDR lieferten nicht nur im Vorfeld der quantitativen Erhebungen wichtige Hinweise zu diskutierten Themenbereichen und den jeweils angeführten Argumenten, sondern sie dienten auch der beispielhaft vertiefenden Interpretation der tabellarisch aufbereiteten Ergebnisse. Expertengespräche und Sekundärauswertungen aus vorliegenden Materialien, einschließlich der Medienberichterstattung, über innerdeutsche Fragen, erweiterten die gewonnenen Erkenntnisse. Darüber hinaus besuchten Projektverantwortliche regelmäßig die DDR und nahmen durch teilnehmende Beobachtung persönliche Eindrücke über die Situation und deren Veränderungen in der DDR mit.

³ Vgl. hierzu Karl G. Tempel, Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1987.

Anhand des vorstehend insgesamt geschilderten Instrumentariums wurde die Palette der erhobenen Forschungsergebnisse sodann in entsprechenden Analysen verdichtet, die die eigentliche »geheime Verschlusssache« bildeten. Infratest lieferte dem Ministerium jeweils insgesamt fünf Analyseexemplare, von denen unseres Wissens zwei an das Bundeskanzleramt und eines an den Berliner Senat gingen.

Um die Vielzahl der individuell erhobenen Daten zu verallgemeinerbaren Einstellungsprofilen zu verdichten, hat das Forscherteam seit Anfang der 1970er Jahre eine spezielle Typologie entwickelt und eingesetzt. Diese Typenbildung ist einerseits konstruiert, weil die den Typus zusammensetzenden Merkmale auf einer forscherschen Abwägung basierten. Sie ist andererseits insofern zugleich »real«, als sie empirisch erhobene Daten (Einstellungen und demografische Merkmale) gruppiert. Auf diese Weise werden »durchschnittliche« Einstellungsprofile bestimmter Bevölkerungsgruppen erkennbar.⁴

Im Rahmen der Stellvertreterforschung hat Infratest insgesamt fünf Typen politischer Grundhaltung in der DDR-Bevölkerung unterschieden.⁵

- (1) *Typ C* Politisch stark interessiert. *Starke Identifikation mit dem System der DDR* (»Rückgrat des DDR-Systems«). Deutliche Präferenz für die Lebensbedingungen der DDR. Überdurchschnittlich gebildet. Überwiegend Männer jüngerer Altersklassen
- (2) *Typ E* Politisch gering interessiert. *Zum DDR-System eher positiv bzw. angepasst eingestellt* (ab Ende der 1970er Jahre nur noch marginal existent).
- (3) *Typ A* Politisch gering interessiert. *Den Verhältnissen in der DDR gegenüber eher indifferent oder angepasst*. Von besseren Lebensbedingungen in der Bundesrepublik überzeugt. Vorwiegend Frauen und ältere Personen. Vergleichsweise niedrige formale Bildung.
- (4) *Typ D* Politisch mäßig interessiert. *Dem politischen System der DDR gegenüber teilweise kritisch, aber insgesamt angepasst*. Bessere Bewertung der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Gleichmäßig verteilt nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung.

⁴ Vgl. zur Unterscheidung von »Idealtypus« und »Durchschnittstypus« Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Auflage Tübingen 1976, S. 10.

⁵ Vgl. hierzu Infratest Kommunikation, *Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung in der DDR*. Trendbericht 1969 bis 1973, S.3.

- (5) *Typ B* Politisch stark interessiert und engagiert. *Gegenüber der DDR systemkritisch*. Ausgeprägte Orientierung an den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Fast gleichmäßig über alle Altersgruppen verteilt, formal überdurchschnittlich gebildet.

2. Eine rückblickende Nachbemerkung von Anne Köhler

Aufgrund der langen Dauer der Studie und der regelmäßigen Treffen zwischen den zuständigen Ministeriumsbeamten und dem Infratest-Forscherteam hatte sich zwischen den Beteiligten ein fast persönlicher Kontakt herausgebildet. Man tauschte sich hier und da auch einmal über private Dinge aus und pflegte eine offene Sprache. Über die 22 Jahre hinweg führte ich die Besprechungen im Ministerium stets persönlich, in der Regel zusammen mit dem jeweiligen Projektleiter.

Vor allem in den letzten vier, fünf Jahren vor dem Umbruch in der DDR hatten wir unser Forschungsprogramm um einige zusätzliche Untersuchungsansätze erweitert, wie zum Beispiel das sogenannte Reisebarometer, das unter anderem der Erfassung des PKW-Verkehrs in die DDR und damit zur überschlägigen Berechnung der Straßenbenutzungsgebühr diente. Während dieser Zeit hatten wir keine größeren Probleme mit der Bewilligung der Forschungsbudgets. Gesprächspartner im Ministerium war seinerzeit neben dem zuständigen Ministerialdirigenten auch ein Regierungsdirektor K. G., der nach dem Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl vom Kulturreferat der Ständigen Vertretung Berlins wieder ins Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zurückkehrte.

Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Restaurantbesuch kam Regierungsdirektor G. auf das Thema Spionage zu sprechen. Er meinte, oft könnten durch entsprechende Informationen überzogene Befürchtungen der Gegenseite relativiert werden. Zumindest partiell leuchteten mir seine Argumente ein. Danach vergaß ich unser Gespräch.

Im Jahr 1990 wurde das Ministerium aufgelöst. Damit kamen auch unsere gemeinsamen Forschungsaktivitäten zu einem Ende. Nach Öffnung der Mauer bemühten sich Richard Hilmer und ich um direkte Kontakte zu DDR-Instituten, da westdeutsche Institute zunächst nur gemeinsam mit entsprechenden DDR-Einrichtungen in Ostdeutschland tätig werden durften. Wir wollten so schnell wie möglich unsere in den Stellvertreter-Erhebungen